

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

8. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

27. April 2010

65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus - Tag der Erinnerung, der Mahnung und zugleich Chance für ein demokratisches, friedliches und humanes Zusammenleben der Menschen und Völker

Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung des Deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus.

Pastor Martin Niemöller schrieb:

„Als sie die Kommunisten abholten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten abholten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Juden abholten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude. Als sie mich abholten, war niemand mehr da, der protestieren konnte.“

Millionenfach wurden Menschen abgeholt und ermordet. Sie wurden in Schutzhaft genommen oder in Konzentrationslager gebracht.

Und all' dies geschah: „Im Namen des deutschen Volkes!“

Als sie meinen Großvater abholten und verurteilten, geschah dies mit folgender Urteilsbegründung vom 16. April 1943:

„Der Angeklagte ist lange Jahre Kommunist gewesen. Er hat sich nach Überzeugung des Sondergerichtes auch heute noch nicht umgestellt. Seine Persönlichkeit bildet besonders in Kriegs- und Krisenzeiten eine Gefahr. Es muss in Form einer empfindlichen Strafe ein Exempel statuiert werden, damit etwaige Kommunisten und Gesinnungsfreunde des Angeklagten sehen, was dabei herauskommt, wenn man heute noch gegen den Strom schwimmt.“

Worin bestanden eigentlich seine „Verbrechen“?

Sie bestanden darin:

* dass er nicht schwieg,

* dass er als Landtagsabgeordneter des Landtages von Mecklenburg - Strelitz in persönlichen Gesprächen versuchte, die Menschen aufzuklären,

* dass er als Dichter wieder zur Feder griff, um, oft in plattdeutscher Sprache, Not und Unterdrückung anzuklagen sowie Willkür und Krieg zu verdammen,

* und dass er gegen das Fehlurteil in der Strafsache des polnischen Landarbeiters Jakobowski auftrat (verfilmt in dem DEFA-Spielfilm „Der Fall Jakobowski“).

Er erhielt Schreibverbot, wurde in Schutzhaft genommen, 1942 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und aus dem Zuchthaus heraus in das Konzentrationslager Sachsenhausen und anschließend in das Konzentrationslager Mauthausen gebracht, wo er kurz vor der Befreiung vom Faschismus am 5. März 1945 starb.

Dies ist nun eine sehr persönliche Sicht und eine ganz persönliche Geschichte, aber jedes Opfer hat eine ganz persönliche Lebensgeschichte. Zu oft vergessen wir bei der ungeheuren, für uns nicht vorstellbaren Zahl von Opfern, dass hinter jedem ein ganz persönliches, tragisches Schicksal steht, ein ganz persönliches gelebtes Leben.

Die Überlebenden des Konzentrationslagers von Buchenwald schworen nach ihrer Befreiung:

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die

Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel! Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.“

Dieser Schwur von Buchenwald wurde zum gemeinsamen Handlungsprinzip aller demokratischen Kräfte in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus.

Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung vom Faschismus

* für Menschen aus Konzentrationslagern, Zuchthäusern und Zwangsarbeiterlagern;

* für politisch, weltanschaulich und religiös Andersdenkende;

* für Anderslebende und Andersfühlende;

* für die Völker Europas;

* für die deutsche Zivilbevölkerung aus Angst, Not, Chaos, Hunger und Leid.

Für 60 Millionen Menschen aber kam die Befreiung zu spät.

Sie waren Opfer des barbarischen Krieges, der industriellen Massensterben an Menschen jüdischer Herkunft, an Sinti und Roma, an Menschen mit Behinderungen, an Homosexuellen. Und sie waren Opfer der Verfolgung politisch und weltanschaulich Andersdenkender.

Ihrer zu gedenken, bedeutet auch die Täter zu benennen und getreu dem Schwur von Buchenwald, die Schuldigen vor die Richter der Völker zu stellen.

Fortsetzung auf Seite -4-

Erste Überlegungen zum Programmwurf

Mir gefällt die strategische Ausrichtung der Zusammenarbeit der parlamentarischen mit der außerparlamentarischen Linken, emanzipatorische Ansätze, der hergestellte Zusammenhang der Lösung ökonomischer und ökologischer Fragen und Teile der Aussagen der Kapitalismusanalyse.

Wenn ich mich hier auf Teile von Aussagen beziehe, dann finde ich das Dokument in Teilen dialektisch unausgewogen, was insgesamt zur Simplifizierung komplizierter Zusammenhänge führt. Die inflationäre Nutzung der Worte „müssen“, „sollen“ und „wollen“ im Zusammenhang mit unseren Zielen und künftiger politischer Gestaltung führt zur Entstehung eines großen Wunschkataloges.

1. Es entsteht der Eindruck, als wenn allein die Gewerkschaften den Unternehmen die sozialen Errungenschaften in der Periode der sozialen Marktwirtschaft abgerungen hätten. Später wird darauf verwiesen, dass auch die Existenz des sozialistischen Lagers eine Rolle spielte. Ich betrachte die Sache eher umgekehrt. Nämlich, dass die Existenz des sozialistischen Lagers die Voraussetzung für die gewerkschaftlichen Erfolge in den jeweiligen Verhandlungssituationen war. Ein Teil des Druckes auf die Arbeitgeberseite entstand, weil es eine permanente gesellschaftliche Alternative gab.

2. Aus der Kapitalismusanalyse heraus läuft man Gefahr zu schlussfolgern, dass der Kapitalismus kurz vor dem Zusammenbruch steht. Für mich hat das wenig mit

der Realität zu tun. Weder mit der globalen Vitalität seines Wirtschaftsmechanismus noch mit den politischen Verhältnissen in der BRD z. B. in Bezug auf das Bundestagswahlergebnis.

Die Ergebnisse der Globalisierung erscheinen einseitig als eine der Katastrophen der Menschheitsgeschichte. Diese Sicht ist nicht unbegründet. Parallel ist der Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben, gesunken. Heute müssen ca. 400 Mio. Menschen mit weniger als einem Gegenwert von 1,50 US-Dollar pro Tag auskommen. Das sind 300 Mio. weniger als noch 1970. Während im gleichen Zeitraum die Weltbevölkerung um 50% zunahm!!! Nicht nur das. Auch die Objektivität der globalen Entwicklung kommt zu kurz. Es entsteht ein Bild, als brauche man nur ein „paar“, noch dazu national entwickelte, Gesetze zu ändern und

schon hätte man die Sache im Griff.

3. Die Forderung nach demokratisch kontrollierten Medien ist richtig und notwendig. Im Programmwurf wird herausgearbeitet, wie die Medien die Gesellschaft überwachen und kontrollieren. Damit kontrollieren sie aber auch die Politik. Wie wichtig das für unsere Gesellschaft ist, zeigt das Verhalten der „Bild“, einem bei uns nicht gerade beliebten Medium. Gleichwohl hat „Bild“ federführend zur wichtigen Aufklärung der „Kundus-Affäre“ beigetragen. Wenn jetzt der Einwand erfolgt, dass die Zeitung das nur aus Profilgründen tat, dann muss aber der Profilwille über die ideologische Nähe zur schwarzgelben Bundesregierung gesiegt haben. Sozusagen ein Pyrrhussieg bei „Bild“.

Wolfgang Geuitjes
Stadtverband Halle

Clara Zetkin

Kampf gegen Pickelhauben-Geist
der falterfarbige Entwicklung
der Frauen
in und außerhalb der vier Wände aufspießte

Aufwindleistung
nicht zeppelinvergänglich
trug Clara höher in der Geschichte
als jede andre Deutsche
nur eine sonnennäher:
Rosa Lux-emburg

Jürgen Riedel

Sein letzter Lyrikband „Wortbilder VI“
erschien in der edition fischer des
R.G.Fischer Verlags
ISBN 978-3-8301-0547-3

Wer hat Zeit und Lust, den Wahlkampf in NRW zu unterstützen??

Liebe Genossinnen und Genossen,
in Nordrhein-Westfalen geht es in die heiße Phase des Wahlkampfes und die Genossen aus dem Stadtverband Detmold und dem Kreisverband Lippe haben bei uns noch mal nach Wahlkampfunterstützung für den 48-Stunden Wahlkampf gefragt. Unten seht Ihr die genauen Konditionen. Ich bitte Euch, in Euren Kreisen noch mal zu fragen, ob Genossen bereit sind, am 07. und 08. Mai in den Kreis Lippe zu fahren und mir eine Rückmeldung bis spätestens 30. April 2010 zu geben, damit ich die Genossen aus NRW informieren kann.
Jenny Schulz

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsführerin, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
Tel.: 0391 7324841, Fax: 0391 7324848, Mail: lgf@dielinke-lsa.de

Hallo Jenny,

Ihr habt uns vor einiger Zeit eine Wahlkampfunterstützung angeboten. Nach unserem Telefonat vom Freitag möchte ich dieses noch einmal schriftlich an euch herantragen für den 48 Stunden Wahlkampf, am 7. und 8. Mai, der mit Sicherheit sehr umkämpft sein wird.

Übernachtung und Verpflegung würde vom Kreisverband Lippe finanziert werden. Die Übernachtung würde in einer Jugendherberge erfolgen, die heute mehr einen pensionsmäßigen Standard hat. Darüber hinaus ist Detmold auch Kreis- und Bezirksregierungsstadt, Sitz des Deutschen Jugendherbergwerkes. Die Jugendherberge ist zu Fuß 10 Minuten von der historischen Innenstadt, und damit auch von unserem Fraktions- und Stadtbüro entfernt.

Der Einsatz, über den wir uns sehr freuen würden, aber natürlich auch darüber hinaus andere Parteimitglieder aus anderen Bundesländern kennen zu lernen, wäre:

für Freitag den 7. Mai:

Steckaktionen in den größeren Städten: Detmold, Bad Salzungen, Lage und Lemgo - für den Transfer zu diesen Orten würden wir sorgen. Wir hoffen, dass wir uns bei gutem Wetter dann Abends zusammen in einem Biergarten etwas näher kennenlernen können.

Am Samstag dem 8. Mai:

Mitwirken am Stand in den größeren Städten, gegebenenfalls in der Fußgängerzone oder aber auch in Zügen zwischen Detmold und Lage, Oerlinghausen, Lemgo, was mit einem Wochenendticket möglich ist, welches von uns finanziert wird. Wir würden uns freuen, wenn ihr uns in der heißen Phase des Wahlkampfes in NRW tatkräftig unterstützen könntet.

Mit solidarischen Grüßen
KV Lippe
Wahlkampforganisation
Horst Schmitt



Wenn Sie sich regelmäßig über die Arbeit des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen-Anhalt informieren möchten ist unsere Internetadresse www.dielinke-lsa.de für sie da.

Wenn Sie die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt finanziell unterstützen möchten, können Sie spenden direkt an den Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Konto-Nr. 118 825 901, BLZ 810 700 24, Deutsche Bank AG. Vielen Dank.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tändig
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
22.04.2010
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 06.05.2010

Fortsetzung von Seite -1-

1945 herrschte systemübergreifender Wille, NS-Verbrechen gerecht zu ahnden. Viele standen damals - aber auch heute noch - vor der Frage, wie ahndet man überhaupt gerecht historisch beispiellosen Massenmord, Völkermord? Eine Frage, die vielleicht juristisch, nie aber vollständig moralisch beantwortet werden kann.

Die aber nie in Vergessenheit geraten darf.

Der gegenwärtige politisch gewollte Geschichtsrevisionismus darf nicht dazu führen, dass es zu einem eingegenseitigen Aufrechnen der Opfer des Nationalsozialismus kommt. Das darf nicht zugelassen werden. Die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen muss im vereinten Deutschland den Stellenwert bekommen, den der Schwur von Buchenwald einforderte.

Gerade an diesem Tag muss die Frage beantwortet werden, wie sich das Gedenken an die Opfer mit den Entscheidungen der Gegenwart verbinden lässt.

Der 8. Mai 1945, Tag der Befreiung oder Tag der deutschen Niederlage, diese Frage spaltet die deutsche Debatte - aktuell wie historisch, 2010 wie in den Jahren zuvor.

Richard von Weizsäcker sagte in seiner Rede am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag:

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führ-

te. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

65 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges ist der 8. Mai 1945 das historische Datum der Befreiung von dem menschenverachtendsten, barbarischsten System in der Weltgeschichte: dem deutschen Faschismus.

Es ist ein Tag der Erinnerung, der

Mahnung, aber auch zugleich Chance für ein demokratisches, friedliches und humanes Zusammenleben der Menschen und Völker.

Die Botschaft der Überlebenden „Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus“ gilt es auch heute bedingungslos einzulösen und umzusetzen.

Gudrun Tiedge (MdB)



Kommentar

Michael Schlecht, Chefvolkswirt Bundestagsfraktion
www.michael-schlecht-mdb.de – April 2010

DIE LINKE.

Lohndumping-Axt

Seit 2002 hat Deutschland für mehr als eine Billion Euro mehr exportiert als importiert. Viele Abnehmerländer konnten dies nur durch Verschuldung finanzieren. Deshalb das Finanzdesaster der USA und europäischen Südländer. Wirtschaftsminister Brüderle meint: Deutschland habe sich seinen Exportüberschuss durch exzellente Produkte redlich verdient. Das ist nur die halbe Wahrheit. Seit 2000 sinken die deutschen Reallöhne. Mit diesem Lohndumping erhielten deutsche Unternehmer eine Axt in die Hand zur Eroberung ausländischer Märkte. Die deutschen Lohnstückkosten sind seit 2000 nur um sieben Prozent angestiegen, während im Schnitt der Euroländer - ohne Deutschland - der Zuwachs bei 27 Prozent lag.

Wie kann die Binnenwirtschaft belebt, Importe gesteigert und der deutsche Exportüberschuss zurückgefahren werden?

Im deutschen Bundestag lautet die Antwort: „Die anderen sollen so wettbewerbsfähig werden wie wir“. Deshalb wird die Agenda 2010 nach Griechenland exportiert. Binnen-nachfrage lässt sich vor allem steigern, wenn die Löhne wieder deutlich zulegen. Deshalb muss vor allem die Agenda 2010 weg. Als Sofortmaßnahme brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn mit zehn Euro und das Arbeitslosengeld II mit 500 Euro.

Und wir wollen für bessere Bildung, zur Sanierung der Infrastruktur und den ökologischen Umbau 100 Milliarden Euro jährlich mehr ausgeben. DIE LINKE hat ein Steuerkonzept mit 160 Milliarden Mehreinnahmen bei Reichen und Vermögenden. Das Herzstück ist die Millionärsteuer. Bringt alleine in NRW 17 Milliarden. Nur mit Umverteilung von oben nach unten wird es eine höhere Binnennachfrage, höheres Wachstum und mehr Arbeitsplätze geben!



Perspektiven für Sachsen-Anhalt

Berichte von der Regionalkonferenz Sachsen-Anhalt Süd am 17. April.

Die Vorbereitung auf den Wahlkampf 2011 hat begonnen. Auf den Regionalkonferenzen stimmen der Landesvorstand und die Landtagsfraktion die Mitglieder, Sympathisanten und Wähler auf die künftige Herangehensweise ein.

Auf der Regionalkonferenz Sachsen-Anhalt Süd am 17. April in Halle-Neustadt war ein Anliegen, wie können wir mit realen Zielen einen Politikwechsel herbeiführen. Das heißt: Dem herrschenden Neoliberalismus, getragen von der jetzigen Koalitionsregierung, ein Ende setzen. Den Versammlungsraum schmückte schlicht die Losung: DIE LINKE: Modern, realistisch und sozial – Perspektiven für Sachsen-Anhalt.

Swen Knöchel, unser Vorsitzender in Halle, eröffnete die Veranstaltung. Dabei erinnerte er daran, dass Mitte April vor 65 Jahren in Halle der Krieg zu Ende ging.

Im Anschluss gab Matthias Höhn zu verstehen, dass wir eine reale Chance auf einen hohen Wahlerfolg haben und er erinnerte daran, dass wir bei der letzten Bundestagswahl 6 Mandate und davon 5 Direktmandate für unser Bundesland holten. Weiterhin gab er zu bedenken, dass es dennoch ein hoher Anspruch bleibt, Wähler zu gewinnen, denn viele Bürger seien von der Politik enttäuscht und vielfach ging das Zutrauen zu den Institutionen verloren, deshalb muss Glaubwürdigkeit ein oberstes Gebot sein, um die Gunst der Wähler zu gewinnen.

Vorab gab er einen terminlichen Überblick und nannte den 12. Juni, wo auf dem Landesparteitag der

Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert wird. Im September steht dann die 2. Überarbeitung des Entwurfes des Wahlprogrammes an, und im November wird dann die Liste mit den Kandidaten aufgestellt.

Wulf Gallert, Vorsitzender der Landtagsfraktion DIE LINKE,

lusten führt. Als linke Regierungsprojekte wären beispielsweise zu nennen, dass alle Kinder des Landes eine hohe Bildung unabhängig vom Einkommen der Eltern erreichen. Ein zentrales Thema in jedem Wahlkampf bildet die Arbeitslosigkeit. Eine linke Beschäftigungspolitik zielt stets auf Senkung der



war Hauptredner im ersten Versammlungsteil. Für ihn war es wichtig, in welcher Art und Weise wir die Wähler ansprechen.

In diesem Zusammenhang verwies er auf einige Kriterien, die zu beachten sind. Erstens müssen die Wahlkampfziele in der Landeszuständigkeit liegen. Zweitens muss die Finanzierung und die Finanzierbarkeit geklärt sein und drittens müssen für die angestrebten Ziele die erforderlichen Mittel und Wege klar benannt sein. Daraus können wir ableiten, wir machen Realpolitik und hüten uns davor, Träume und Illusionen zu wecken. Es ist eine altbekannte Weisheit, das leere Versprechungen zu Imagever-

Arbeitslosenrate. Ein Mittel dazu ist Entfaltung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Die Anwendung dieses Modells brachte in anderen Bundesländern mit linker Regierungsbeteiligung schon einige Erfolge. Zu dem Gedanken, warum wir regieren wollen, gab Wulf Gallert schlicht und einfach zu verstehen, dass die Antwort in den Regierungsergebnissen der gegenwärtigen Koalition zu suchen ist.

Insgesamt war die Veranstaltung eine brauchbare Einstimmung für Wahlkampfhelfer auf die künftigen Aufgaben.
hajo

Ein Bericht von der Regionalkonferenz für Halle, Saalekreis und den Burgenlandkreis am 17. April 2010 im Kulturtreff Halle-Neustadt oder

„Das größte Zukunftsrisiko für Sachsen-Anhalt ist seine Armut“

Dieser Satz von Petra Sitte klingelte mir auch noch Stunden nach dem Ende der Regionalkonferenz in den Ohren. Freilich hört sich der Satz sehr drastisch an, aber ist das auch eine alles beschreibende Realität? Doch der Reihe nach...

Am Sonnabend, dem 17. April 2010, fanden sich etwa 140 Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei zu einer Regionalkonferenz für unsere Region zusammen.

Matthias Höhn eröffnete die Konferenz und appellierte an den Willen zur Ablösung der CDU als Regierungspartei als unser vordringliches Ziel.

Auf dem Weg dahin erinnerte er an einige der anstehenden Termine:

In den nächsten Monaten stehen in Vorbereitung der Landtagswahl am 20. März 2011 einige Termine an.

Die Aufstellung der Kandidaten für die Landtagswahl wird bis zum 14. September erfolgen.

Anschließend ergriff Wulf Gallert das Wort: Bis zum Herbst sollten alle Ziele ausdiskutiert und wir für uns die Fragen beantwortet haben: Warum und wie wollen wir stärkste Partei in Sachsen-Anhalt werden? Wie können wir vor allem die ansprechen, die zwar mit uns sympathisieren, uns aber nicht wählen? Wie die bundespolitische Bedeutung dieser Landtagswahl herausstellen? Als erste Landtagswahl 2011 hat diese Wahl auch für die weiteren Landtagswahlen in diesem Jahr Signalwirkung.

Es sollen aber auch Themen bundespolitischer Bedeutung im Landtagswahlkampf herausgestellt werden. Insbesondere solche, bei denen wir

die in 16 Kernprojekten zusammen gefasst wurden (hier auszugsweise angerissen [FTB]): Im Öffentlichen Dienst wird es in den nächsten Jahren größere altersbedingte Abgänge geben, die nicht adäquat ersetzt werden. Die Sicherung guten, sicheren und bezahlbaren Wohnens soll genau so eine linke Politik auszeichnen wie eine Sicherung sozial gerechter Mobilität.

Nach den Ausführungen von Wulf Gallert begann die Diskussion, die von Ute Haupt aus Halle eingeleitet wurde. Sie plädierte für einen öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor mit Mindestlohn.

Petra Sitte ging es um die Außenwirkung unserer Partei. Sie sagte: „Wir gewinnen an Glaubwürdigkeit, wenn wir versuchen, das auch umzusetzen, was in unserem Landtagswahlprogramm steht.“ Und dann kam der für mich wichtigste Satz der Konferenz „Das größte Zukunftsrisiko für Sachsen-Anhalt ist seine Armut.“ Auch sprach sie sich dafür aus, die 16 Kernprojekte noch einmal auf ein überschaubares Maß „einzudampfen“.

Roland Clauß erkennt als Problem, dass noch viel zu viele Menschen Angst vor einer linken Regierung haben. Diese Angst sollte vor allem den Wählern von Schwarz-gelb genommen werden.

Nach Meinung von Uwe Köck müssen wir mehr Themen ansprechen, die die Menschen bewegen. Als Beispiel nannte er eine Länderfusion von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Anschließend widmete sich Wulf Gallert der Wähleranalyse. Eine stabile Wählerschaft verzeichnen wir bei den 45 – 60-jährigen, auch die Senioren sind für die LINKE verlässliche Wähler. Wir können niemandem „Wir regeln das für



Die Regionalkonferenzen in Sachsen-Anhalt sollen im Juni mit einer Regionalkonferenz in Magdeburg abgeschlossen werden. Am 27. April wird der Landesvorstand tagen, auf dem die Wahl von Wulf Gallert als Ministerpräsidenten-Kandidat empfohlen werden soll. Am 12. Juni soll auf dem Landesparteitag der Kandidat für den Ministerpräsidentenposten dann nominiert werden.

ein Alleinstellungsmerkmal besitzen wie Anti-Hartz IV, der Forderung eines Afghanistan-Abzuges, Mindestlohn und der Stellung als einziger wirklicher Antikriegspartei in Deutschland. Um diese Ziele auch umsetzen zu können, muß die LINKE zum Mitregieren bereit sein. Und das nicht nur im Land, auch im Bund. Aber auch landespolitisch warten viele Herausforderungen,

Euch“ versprechen. Stattdessen müssen wir die Menschen zu Aktivität „Teilhabe statt Anschluss“ anhalten.

Nach der Pause ging es dann weiter mit der Programmdebatte. Hier standen vor allem Fragen des Selbstverständnisses der LINKEN im Vordergrund. Von genereller Kapitalismuskritik über Eigentumsfragen bis hin zur politischen Kultur. Es wurden die Unterschiede zwischen Vergesellschaftung und Verstaatlichung herausgearbeitet. Konsens gab es, daß der Sektor der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand sein sollte.

Wulf Gallert ging danach auf linke Debatten über Verstaatlichung und Demokratie ein. Und hier fielen die beiden Sätze, die ich als klares Bekenntnis der LINKEN zur Demokratie und Rechtsstaat ansehe: „Wenn wir keine Demokratie haben – warum geht da die Tür jetzt nicht auf und ein Trupp Bereitschaftssoldaten stürmt herein, um uns alle in den Knast zu werfen? Wir wollen immerhin eine andere Gesellschaft, den Sozialismus.“

In weiteren Redebeiträgen berichtete Frank Thiel von seinen Erfahrungen als Kapitalist innerhalb der Linken. Birke Bull möchte einige unverrückbare linke Grundsätze über Bord geworfen haben, wie z.B. Ausschlusskriterien für Regierungsbeteiligungen oder das Verbot, im Öffentlichen Dienst Stellen abzubauen.

Nach etwas mehr als fünf Stunden gingen die Teilnehmer mit vielen interessant Eindrücken (und vielleicht auch Einsichten) wieder auseinander. Fazit für mich: Die Regionalkonferenzen bieten eine gute Plattform, die Programmdebatte auszutragen und wichtige Fragen unseres Selbstverständnisses kontrovers zu erörtern.

Frank-Torsten Böger

Mahnendes Guernica

Das monumentale Gemälde P. Picassos „Guernica“ ist der künstlerisch-mahnende Ausdruck dessen, was deutsche Piloten zweimotoriger Heinkel und dreimotoriger Junkers am 26. April 1937 in der baskischen Kleinstadt (5000 Einwohner, aber mit Flüchtlingen übervoll) unter friedfertigen Bürgern angerichtet haben. 1654 Tote war die Bilanz des Bombardements der faschistischen Legion Condor und italienischer Flieger; die Legion Condor war eigens für solche mörderischen Zwecke von Hitler geschaffen worden. Die Kleinstadt war Dutzende von Kilometern von der Bürgerkriegsfront entfernt, strategisch also bedeutungslos, aber man wollte sich auf diese Weise absichtsvoll für den anvisierten Weltkrieg scharf schießen. Andererseits wollten die spanischen, deutschen und italienischen Faschisten das spanische Volk in seinem Streben, die verfassungsmäßige Volksfrontregierung in Madrid zu verteidigen, demoralisieren. Ein Aufschrei des Entsetzens in ganz Europa folgte dem Guernica-Massaker. „Die Zerstörung der Stadt Guernica und des baskischen Landes ist keine Kriegshandlung, sie ist ein gemeines, niederträchtiges Verbrechen“, hieß es damals in einer Erklärung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront unter dem Vorsitz Heinrich Manns. Am 9. Mai 1937 war im Prager Exil erschienenen sozialdemokratischen „Neuer Vorwärts“ zu lesen: „Die Tat kennzeichnet die ganze Schande des deutsch-italienischen Krieges in Spanien. Zwei Großmächte lassen durch ihre Mordbanden kaltblütig spanische Einwohner abschlachten...“ W. Pieck forderte im Auftrag des ZK der KPD die deutschen Interbrigadisten auf, noch zäher zu kämpfen, um das „Verbrechen der deutschen Faschisten zu sühnen“. Guernica mahnt bis heute eindringlich, den Frieden zu bewahren und Frieden zu stiften; die in Afghanistan eingesetzten deutschen Truppenkontingente werden wohl nicht dazu beitragen können.

Picassos Gemälde „Guernica“ kann im Madrider Nationalmuseum bewundert werden. - Als die deutschen Truppen während des 2. Weltkrieges Paris besetzt hatten, blieb P. Picasso zum Erstaunen seiner Freunde und zu seinem eigenen Erstaunen von den Deutschen völlig unbehelligt, wohl weil man daraus im Ausland politisches Kapital zu schlagen hoffte. In der Folgezeit stellten sich in Picassos Atelier immer häufiger deutsche Soldaten und Offiziere als Besucher ein. Picasso empfing sie stumm, führte sie stumm herum und überreichte jedem zum Abschied eine Reproduktion des berühmten Gemäldes „Guernica“ und sagte dabei nur dieses eine Wort: „Souvenir!“

Eines Tages besuchte ihn ein Beamter der geheimen Staatspolizei. Auch ihn empfing Picasso stumm, führte ihn stumm herum und überreichte ihm zum Abschied die „Guernica“-Reproduktion mit der Bemerkung: „Souvenir!“ Der Beamte warf einen Blick darauf und fragte den Meister: „Haben Sie das gemacht?“ Darauf antwortete Picasso: „Nein, das haben Sie gemacht!“

Ob der Beamte diese Antwort verstanden hatte oder nicht oder ob er sie als die eines Wahnwitzigen aufgefasst haben könnte, bleibe dahingestellt; er entfernte sich und ließ sich nie wieder bei ihm sehen.

(Nach F. C. Weiskopf „Souvenir“ erzählt.)

Der Dichter fügte noch an, dass diese Anekdote des Erzählens durchaus zweimal wert sei.

Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord